

Ernährungsschwierigkeiten in München.

München, 7. Aug. Die Ernährungsschwierigkeiten für München mehren sich, weil die Frühkartoffelernte in ganz Südbayern nicht nur verspätet, sondern auch sehr gering geworden ist. Im Magistrat wurde ein Dringlichkeitsantrag angenommen, wonach beim Ministerium sofort Schritte getan werden sollen, daß in der Zeit der fleischlosen Wochen an Stelle der fehlenden Kartoffeln, von denen bisher kaum ein Pfund pro Woche verteilt werden konnte, je 100 Gramm Mehl, oder 120 Gramm Brot an Stelle jedes fehlenden Pfundes Kartoffeln verteilt werden sollen. Heute wurde eine Anzahl Frauen im Ministerium des Innern vorstellig, um dort auf die zur Zeit ganz unzulänglichen Lebensmittelzuweisungen hinzuweisen und Abhilfe zu verlangen. Sie protestierten gegen den Schleichhandel und erklärten das verbilligte Gemüse, das die Stadt verteilen läßt, als sehr minderwertig. Es wurde ihnen zugesagt, daß der Schleichhandel und der wilde Ankauf für reiche Leute, die jeden Preis dem Erzeuger bieten, mit allen Kräften bekämpft werden. Für die Schlimmen nächsten Wochen wurde nach Möglichkeit Zulage zu schaffen versprochen. — Auch vor dem Rathaus versammelten sich Frauen und andere Leute, um Hilfe gegen die gegenwärtige Anapphetie zu verlangen. Die hier bekannt gewordenen Angriffe der norddeutschen Presse auf Bayern, die die Wahrheit über Bayerns Lage auf den Kopf stellten und das, was etwa vom Standpunkt des unersöhnlichen Gelbentels, oder besonders gewandt geführter teurerer Gaststätten aus gesehen wurde, als Lebenshaltung in Bayern schlechthin bezeichneten, haben die Bevölkerung stark erregt.

Berlin, 7. Aug. (B. V.) Unter der Ueberschrift „Bayern und Norddeutschland“ schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„In außerbairischen Kreisen begegnet man immer wieder der Ansicht, als ob die Einschränkungen des Fremdenverkehrs ausschließlich gegen die nichtbairischen Fremden gerichtet seien, während die bairischen Fremden hiervon nicht berührt würden. Diese Annahme ist durchaus unzutreffend, vielmehr finden alle von der bairischen Regierung getroffenen Anordnungen zur Regelung des Fremdenverkehrs, insbesondere die Herabsetzung der zugelassenen Aufenthaltsdauer von vier auf drei Wochen und die Festsetzung der Höchstzahl der Fremden auf 50 bis 60 Prozent der vorhandenen Betten in der gleichen Weise auf die bairischen wie auf die nichtbairischen Fremden Anwendung. Die Verschärfungen werden mit Rücksicht auf die Ernährungslage auch gegenüber den bairischen Fremden genauestens durchgeführt. Von einer Unfreundlichkeit den nichtbairischen und besonders den norddeutschen Fremden gegenüber, die in Bayern stets gern gesehene Gäste sind, kann hiernach keine Rede sein.“